

## Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 224-2015  
Vorstossart: Motion  
Richtlinienmotion: ☐  
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.878

Eingereicht am: 07.09.2015

Fraktionsvorstoss: Ja  
Kommissionsvorstoss: Nein  
Eingereicht von: SVP (Knutti, Weissenburg) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja  
Dringlichkeit gewährt: Ja 09.09.2015

RRB-Nr.: vom  
Direktion: Polizei- und Militärdirektion  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert  
Antrag Regierungsrat:



### Lasten und Kosten im Asylwesen korrekt handhaben

---

1. Der Regierungsrat wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen,
  - a) dass die Verteilung der vorläufig Aufgenommenen und der Flüchtlinge in die Kantone nach einem paritätischen Schlüssel erfolgt und dass die Integrationskapazität (Einwohnerzahl, Ausländeranteil, Wohnsituation und Arbeitsplätze) berücksichtigt wird
  - b) dass sämtliche Lasten für das Asylwesen inkl. Folge- und Langzeitkosten durch den Bund als Verantwortlicher übernommen werden

#### Beründung:

Der Kanton Bern ist aktuell jede Woche gefordert, neue Unterkünfte bereitzustellen. Dem Vernehmen nach übernimmt der Kanton im Verhältnis eine grössere Anzahl Asylsuchender als andere Kantone, was zu einer starken Herausforderung für die Gemeinden und den Kanton wird. Insbesondere die Folgekosten dürften stark zu Buche schlagen und die bereits gebeutelte Kantonskasse wird damit belastet. Besonders stossend ist, dass der Kanton hier die Folgen für das Nichthandeln des Bundes, namentlich das Nichtdurchsetzen des Dublin-Abkommens und das Nichtwegweisen von unechten Flüchtlingen trägt. Es ist höchste Zeit, dass der Kanton gegenüber dem Bundesrat signalisiert, dass man nicht gewillt ist, dem Treiben länger zuzusehen.

Begründung der Dringlichkeit: Der Zustrom an Personen nach Europa und in die Schweiz hält an, und es ist rasch klarzustellen, wer die Lasten zu übernehmen und zu tragen hat.

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat